



Für uns in Berlin !

8. Juni 2018



Regierungsbefragung, Familiennachzug, Musterfeststellungsklage

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals im Rahmen der Regierungsbefragung eine Stunde lang den Fragen von Bundestagsabgeordneten gestellt.

Am Donnerstag haben wir im Plenum über das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten beraten. Mit dem Gesetzesentwurf werden die Voraussetzungen und die Ausschlussgründe für den begrenzten Familiennachzug konkretisiert.

Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Woche war die Beratung über die Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Diese soll es Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglichen, leichter und kostengünstiger zu ihrem Recht zu kommen und unterstützt sie, ihre Rechte gegenüber Unternehmen besser durchsetzen zu können.

Für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es gute Nachrichten: Das Bundeskabinett hat beschlossen, dass ab dem Jahr 2019 Arbeitgeber und Beschäftigte die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen bezahlen.

Über die weiteren wichtigen Themen der Woche lesen Sie im Newsletter.

Mit freundlichen Grüßen

Pressemeldungen der CDU- Landesgruppe Baden-Württemberg in dieser Woche



„Südwest-Gipfel“

Die CDU-Landesgruppen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben sich am Mittwoch erstmalig in einem „Südwest-Format“ zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen. Dabei konnten hochrangige Gäste aus den jeweiligen Bundesländern begrüßt werden. Für die CDU Baden-Württemberg war dies der Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister **Thomas Strobl**, das Saarland war mit Ministerpräsident **Tobias Hans** und CDU-Generalsekretärin **Annegret Kramp-Karrenbauer** vertreten. Die Landesgruppenvorsitzenden **Andreas Jung**, **Patrick Schnieder** und **Nadine Schön** leiteten das Treffen.

Zentrales Thema war eine gemeinsame Initiative zum im Koalitionsvertrag verankerten „Zentrum für Künstliche Intelligenz“, das im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf den Weg gebracht werden soll. Es wird eine entscheidende Fragestellung für die weitere Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sein, wie gut wir zukünftig im Bereich der Künstlichen Intelligenz aufgestellt sind. Die drei Landesgruppen sind der Auffassung, dass dieses Zentrum als „Deutsch-Französisches Zukunftswerk“ in Form eines grenzüberschreitenden Netzwerks umgesetzt werden soll - und dieses soll auf deutscher Seite auf Institutionen in den drei an Frankreich angrenzenden „Südwestländern“ aufbauen. In allen drei Bundesländern gibt es im Bereich der Künstlichen Intelligenz nicht nur ausgewiesene Exzellenzen auf diesem Gebiet, sondern schon heute eine enge Zusammenarbeit von Forschungszentren, Hochschulen und Unternehmen mit französischen Partnern.

Die Landesgruppen haben diese Initiative auf den Weg gebracht und werden nun bei der Bundesregierung für eine Zustimmung zu einem „Zentrum für Künstliche Intelligenz“ im deutschen Südwesten werben.



Anreize für Bauherren

Im Mittelpunkt eines Austausches der CDU-Landesgruppe mit Mitgliedern der Ingenieurkammer und der Architektenkammer Baden-Württemberg standen Fragen zur Energiewende und zur Wohnungsbauförderung. Beide Kammern beschäftigen sich intensiv mit diesen Themen, die auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD eine wichtige Rolle spielen. Die jeweiligen Präsidenten, Prof. Stephan Engelsmann (Ingenieurkammer BW) und Markus Müller (Architektenkammer BW), betonten die gute und enge Zusammenarbeit sowie die gegenseitige Wertschätzung, die das Verhältnis zwischen den Kammern und der CDU kennzeichnen. Es gäbe aber leider noch zu viele und immer neue Verordnungen und Regularien, die es erschwerten, dass man schneller und zielgerichteter zum gemeinsamen Ziel kommen könne, Entlastung auf dem Wohnungsmarkt zu erzielen.

Der Landesgruppenvorsitzende **Andreas Jung** betonte, dass die Förderung des Wohnungsbaus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die eben nicht nur die städtischen Räume, sondern gerade auch den ländlichen Raum betreffe: „Mit ihrem Plädoyer für Innovation und Entbürokratisierung rennen die Kammern bei uns offene Türen ein. Wir setzen nicht auf Zwang, sondern auf Anreize, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Investitionen von privaten, öffentlichen und institutionellen Bauherren sicherzustellen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, **Thomas Bareiß** (Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen), verwies auf die energetische Komponente beim Bauen: „Für uns Baden-Württemberger heißt Energiewende vor allem auch Energie einsparen und effizienter werden. Heute gibt es dazu schon viele Technologien, für die wir verstärkt Anreize schaffen müssen. Wir wollen unsere Anreize noch ausbauen und attraktiver gestalten sowie die bisherigen Verordnungen, Gesetze und Standards vereinfachen. Dazu wollen wir bis zum Herbst dieses Jahres ein umfassendes Gebäudeenergiegesetz vorlegen, das auch in enger Abstimmung mit den Praktikern vor Ort geschehen soll“.

Alexander Throm (Wahlkreis Heilbronn), wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU-Landesgruppe, ergänzte: „Wohnknappheit ist aktuell eines der drängendsten sozial-politischen Probleme Deutschlands. Deshalb hat diese Koalition die Schaffung neuen Wohnraums ganz oben auf der Prioritätenliste. Das zeigt auch die Aufwertung des Bereichs Bau beim Ministerium des Inneren, für Bau und Heimat. CDU/CSU setzen dabei sowohl auf die Förderung des preisgünstigen sozialen Wohnungsbaus als auch die Förderung der Eigentumbildung bei jungen Familien z.B. durch das Baukinder-geld.“



Neuregelung des Familiennachzugs

Von **Alexander Throm** (Wahlkreis Heilbronn):

Am Donnerstag stand der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten in erster Lesung zur Debatte. Mit diesem Gesetzesentwurf sorgen wir für eine Begrenzung des Nachzugs und senden drei deutliche Botschaften: an unsere Bevölkerung, dass wir dort, wo es möglich ist, den Zuzug begrenzen. An die subsidiär Schutzberechtigten, dass ein Anspruch auf Familiennachzug in Zukunft nicht mehr besteht - das wirkt auch präventiv auf die potenziellen Flüchtlinge. Und an die Menschen bei uns, dass Deutschland weiterhin ein Land ist, das humanitäre Hilfe gewährt.

Dort, wo die Not am größten ist, erlauben wir auch bei subsidiär Schutzberechtigten die Zusammenführung der Familien mit der Gewährung eines Kontingents aus humanitären Gründen von 1.000 Personen im Monat. Aber dort, wo eine Begrenzung rechtlich möglich ist, müssen wir diese Option auch ziehen. Bei subsidiär Schutzberechtigten erwarten wir, dass diese Menschen nach Wegfall ihres Schutzgrundes wieder in ihre Heimat zurückkehren. Mit dem Gesetzentwurf schaffen wir mit einer differenzierten Haltung zum Familiennachzug Klarheit: Wir senden keine falschen Signale für eine dauerhafte Bleibeperspektive.



Ziel: Vollbeschäftigung

Von **Peter Weiß** (Wahlkreis Emmendingen):

Im Mai 2018 konnte der bislang niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung registriert werden. Und alle Prognosen zeigen: der Aufwärtstrend setzt sich fort. Das Lieblingsargument der Opposition ist, dass die Arbeitslosenzahlen durch sogenannte Unterbeschäftigung „geschönt“ seien. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Die Unterbeschäftigung, dass Menschen also weniger arbeiten, als sie möchten, hat im Mai spürbar abgenommen. Sie liegt 6,6 % unter dem Vorjahreswert. Es ist also nichts wegzureden: der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist ein echter Aufschwung. Und darauf können wir stolz sein.

Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist vielmehr auch das Ergebnis einer richtigen wachstums- und beschäftigungsorientierten Politik. Auch in der Eurozone hat die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Wert seit 2008 erreicht. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist gesunken. Von zentraler Bedeutung ist für die Unionsfraktion das Bekenntnis zum Ziel der Vollbeschäftigung. Dazu gehört auch, dass Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet wird. Mit einem ganzheitlichen Ansatz will die Union die Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Ziel ist es, bei der Betreuung die ganze Familie in den Blick zu nehmen. Dieser Aufgabe werden wir uns schnell und umfassend annehmen.



Zukunftskontinent Afrika stärken!

Von **Norbert Barthle** (Backnang/Schwäbisch Gmünd, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):

Unsere Zusammenarbeit in der Europäischen Union in punkto Afrikapolitik muss deutlich intensiver werden! Sonst werden wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht bewältigen können. Und wir werden es auch nicht schaffen, die Situation der Menschen vor Ort so zu verbessern, wie es unsere Bürger hier in Deutschland von ihrer Regierung erwarten dürfen.

Die Entwicklungszusammenarbeit der europäischen Länder in Afrika muss stärker noch als bisher miteinander abgestimmt, ja, europäisiert, werden. Das BMZ hat den Zukunftskontinent Afrika im letzten Jahr auf die politische Tagesordnung gesetzt: und selbstverständlich nun auch im Koalitionsvertrag. Es war uns wichtig, das enorme Potential Afrikas mit dem Marshallplan mit Afrika kenntlich zu machen. Denn Afrika ist reich an Ressourcen; verfügt über Bodenschätze, Agrarflächen. Im Jahr 2035 wird es das größte Arbeitskräfte-Potenzial der Welt haben! Und die Wirtschaftsleistung des Kontinents wächst stärker als die anderer Regionen.

Wir haben aber auch die Herausforderungen benannt. Ein zu hohes Bevölkerungswachstum führt nach den vorliegenden Prognosen bis 2050 zur Verdopplung der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit ist hoch; besonders unter der Jugend. Es wären pro Jahr 20 Millionen neue Jobs nötig, um ihnen Arbeit zu geben. Doch die Wertschöpfung geschieht leider woanders – Afrika ist hauptsächlich Rohstofflieferant. Und starke illegale Finanzströme, Steuerhinterziehung und Korruption sorgen für leere öffentliche Kassen. Wir setzen uns ein für mehr Chancen, mehr Arbeitsplätze für die Menschen Afrikas. Aber dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Daran müssen alle mitarbeiten; denn für diesen Wandel braucht es riesige Investitionen: Laut Afrikanischer Entwicklungsbank sind 170 Milliarden USD/Jahr allein für Investitionen in die Infrastruktur nötig. Doch die Entwicklungsgelder aller Geber nach Afrika betragen nur 50 Mrd. USD/Jahr. Das reicht nicht.

Also müssen wir unsere Entwicklungsgelder so einsetzen, dass mehr Geld zur Verfügung steht: Man nennt das: Investitionen hebeln! Und natürlich nehmen wir da alle mit – auch die Privatwirtschaft! Wir brauchen vor allem mehr innerafrikanischen Handel und mehr afrikanische Firmen, die investieren. Deswegen bauen wir gerade eine Initiative „African Mittelstand“ auf. Denn auch in Afrika kann der Mittelstand zum Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Die EU-Institutionen und ihre Mitgliedsstaaten zusammen sind der größte Geber der Welt. Und gemeinsam haben wir in Europa unheimlich große Hebel, um unsere gemeinsamen Entwicklungsgelder (75,5 Milliarden EUR in 2016) so zu nutzen, dass genügend Geld zusammenkommt. Das BMZ setzt alles in Bewegung für mehr Ausbildung und für mehr Beschäftigung in Afrika! Damit kämpfen wir auch gegen Armut und Hunger – wer sein Leben selbst in der Hand hat und durch seine eigene Arbeit finanzieren kann, muss nicht hungern! Darum machen wir mit unseren neuen Jobpartnerschaften Tempo. Gemeinsam mit Investoren und Entwicklungsbanken unterstützen wir Gewerbegebiete, Sonderwirtschaftszonen und Zukunftsbranchen. Wir setzen dort an, wo Unternehmen noch auf Hindernisse stoßen.

All diese Initiativen haben für uns ihre wichtigste Grundlage in unserem Werteverständnis! Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit ist es, die Würde der Menschen überall auf der Welt zu achten. Ziel bleibt es, unsere Partnerländer bei der Umsetzung der universellen Menschenrechte zu unterstützen. Ein Leben in Würde für alle Menschen muss möglich sein – unabhängig vom Zufall ihres Geburtsorts! Und deshalb wollen wir, dass die Menschen gute Lebensperspektiven in ihrer eigenen Heimat haben. Wir mindern Ursachen von Flucht durch unsere Entwicklungszusammenarbeit. Niemand soll zur Flucht gezwungen sein. Die, die doch fliehen müssen, unterstützen wir. Und wir unterstützen die aufnehmenden Gemeinden. 84 % der Flüchtlinge werden von Entwicklungsländern aufgenommen! Nur ein kleiner Teil gelangt nach Europa. Und schließlich wollen wir die unterstützen, die in ihr Land zurückkehren wollen. Über unsere Migrationszentren ermöglichen wir einen guten Neustart in ihrer Heimat – durch Beratung, Trainings und Start-Up-Programme vor Ort.



Vorschläge zur EU-Agrarreform:

Die Vorschläge der EU-Kommission für die kommende Agrarreform stoßen bei **Alois Gerig** (Wahlkreis Odenwald-Tauber) und **Hermann Färber** (Wahlkreis Göppingen) auf Lob und Kritik. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages erläutern die beiden Agrarpolitiker aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, warum die Reformvorschläge dringend nachgebessert werden müssen.

Positiv wird bewertet, dass die Kommission die bewährte Zwei-Säulen-Struktur beibehalten und weiterhin die Landwirtschaft und die ländlichen Räume fördern möchte. „Die europäischen Landwirte erhalten nicht nur vielfältige Kulturlandschaften, sie produzieren aufgrund der hohen EU-Standards beim Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz deutlich teurer als ihre Wettbewerber auf dem Weltmarkt. Es ist deshalb richtig, die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirte weiterhin über die Direktzahlungen zu vergüten“, betont Alois Gerig.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft befürwortet, dass die Kommission die Direktzahlungen noch stärker an Umwelt- und Klimaschutzleistungen binden möchte. Dabei darf die Bürokratie aber nicht ausufern. Mit Blick auf die baden-württembergischen Agrarstrukturen setzen sich Alois Gerig und Hermann Färber dafür ein, dass kleine und mittlere Betriebe stärker von den Direktzahlungen profitieren. Denn diesen bäuerlichen Familienbetrieben falle es häufig schwerer, höhere Anforderungen beim Tierwohl sowie beim Klima- und Umweltschutz zu erfüllen.

Nicht einverstanden sind die beiden Abgeordneten mit dem Vorschlag der Kommission, im mehrjährigen EU-Finanzrahmen die Agrarausgaben zu kürzen. „Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen ist eine Kürzung des Budgets für Landwirtschaft und für die ländlichen Räume nicht akzeptabel“, stellt Hermann Färber klar. Nun sei die Bundesregierung gefordert, sich in Brüssel für die Beibehaltung des bisherigen Haushaltsvolumens stark zu machen – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Ein weiterer Kritikpunkt ist die große Bürokratielast. In den vergangenen Jahren haben Kontrollen, Auflagen und Dokumentationspflichten ein erträgliches Maß überschritten. Hermann Färber, Berichterstatter der CDU/CSU für die EU-Agrarpolitik, findet die Kommissionsvorschläge in diesem Punkt besonders enttäuschend: „Die Kommission ist ein überzeugendes Konzept schuldig geblieben, wie das Vereinfachungsziel in der Praxis erreicht werden kann – hier sehe ich noch erheblichen Diskussionsbedarf.“ Alois Gerig fügt hinzu: „Um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, müssen dringend Bagatellgrenzen für die Rückforderung kleinerer Beträge eingeführt werden.“

In den kommenden Monaten werden in der EU die Beratungen über die Agrarreform an Fahrt aufnehmen. 2021 soll sie in Kraft treten. Für Alois Gerig und Hermann Färber sind noch dicke Bretter zu bohren, im Ziel bestehe aber Klarheit: „Die CDU/CSU setzt sich für eine wettbewerbsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft ein – wir wollen eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, unsere bäuerlichen Familienbetriebe und lebenswerte ländliche Räume erhalten.“



Luftangriff in Syrien war erforderlich

In der Nacht zum 14. April 2018 flogen die USA, Frankreich und Großbritannien Luftangriffe auf militärische Stellungen in Syrien. Diese waren eine direkte Reaktion auf den Einsatz von Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung durch das syrische Regime von Machthaber Bashar al Assad. Nach Auskunft der US-amerikanischen Regierung wurden eine Forschungseinrichtung bei Damaskus sowie zwei Lagerstätten nahe Homs beschossen. Bereits kurz nach den Luftangriffen unterstrich Bundeskanzlerin Angela Merkel die Erforderlichkeit des Militäreinsatzes, "um die Wirksamkeit der internationalen Ächtung des Chemiewaffeneinsatzes zu wahren und das syrische Regime vor weiteren Verstößen zu warnen."

In der Bundestagsdebatte hierzu verdeutlichte in dieser Woche **Roderich Kiesewetter** das Dilemma, in dem der Westen in der Syrien-Krise stecke. Das Eingreifen der USA haben keinen einzigen Menschen das Leben gekostet, so Kiesewetter, waren aber nicht durch das Völkerrecht einwandfrei gedeckt. Die bereits nachgewiesenen Verstöße gegen das Chemiewaffenverbot durch Syrien werden durch Russland nicht anerkannt und es hat den UN-Mechanismus zur objektiven Aufklärung von Vorfällen auf Eis gelegt. Unter diesen Umständen war die internationale Gemeinschaft zum Handeln gezwungen, um ein Zeichen zu setzen.

"AfD und Linke beziehen sich einseitig auf den Luftschlag, das ist aber nicht die Ursache des Konflikts und die Nicht-Erwähnung massiver Verstöße gegen internationales Recht durch Syrien und Russland zeigt, dass am linken und rechten Rand keine konstruktiven Vorschläge für eine Lösung gesucht werden!", so Kiesewetter.


Thorsten Frei ging sodann ebenfalls in der Debatte auf den Luftschlag im April ein:

"Linke und AfD haben mal wieder ganz entscheidend Ursache und Wirkung miteinander verwechselt. Unzählige Gräueltaten des syrischen Regimes wurden völlig ausgeblendet. Vielmehr bedient man sich rechts und links im Parlament einer rein selektiven Wahrnehmung der Wahrheit und dem ganz bewussten Verdrehen von Tatsachen.

Schließlich wurden durch Assad und mit tatkräftiger Unterstützung Putins in Syrien seit 2001 Millionen Menschen vertrieben, 500.000 getötet und durch das Regime gegen die eigene Bevölkerung Streu- und Fassbomben eingesetzt - zwar auf zivile Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser. Es ist doch nicht so, dass wir über Giftgaseinsätze fabulieren würden, sondern vielmehr ist es so, dass es im letzten Jahr 16 nachgewiesene Einsätze von Giftgas gegeben hat.

Insofern ist das, was am 14. April passiert ist, eine ganz konkrete Antwort auf den letzten der nachgewiesenen 34 Giftgaseinsätze seit 2013, als in Duma 42 Menschen getötet und 500 Menschen verletzt wurden. Dieses Signal war notwendig, um Menschenleben in der Zukunft vor einer neuerlichen Giftgas-Attacke zu schützen. Denn es gab schon mal einen amerikanischen Präsidenten, der rote Linien gezogen hat. Und was ist passiert? Es gab weitere Dutzende Giftgaseinsätze in Syrien.

Folglich war der Einsatz der Amerikaner, Franzosen und Briten angemessen, erforderlich und notwendig. Und er war auch verhältnismäßig, weil es keine Toten gab und er örtlich und zeitlich begrenzt war."

<p>Reden & Videos</p> <p>Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundes-tag.de/mediathek.</p> <p>Weitere Informationen finden Sie unter</p> <p></p>	<p>Pressemeldungen</p> <p>Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der Website der CDU-Landesgruppe.</p>	<p>Kontakt</p> <p>Platz der Republik Paul-Löbe-Haus 11011 Berlin</p> <p>Tel. 030 / 227 - 70269 Fax 030 / 227 - 76251</p> <p>E-Mail Website</p>
--	--	--

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:
CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wenn Sie den Newsletter von Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

karl-a.lamers@bundestag.de